

**AUSSCHUSS FÜR UMWELT,
ENERGIE UND VERKEHR DER
STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG
- Die Vorsitzende -**

Marburg, 19.03.2008

Geschäftsstelle:

Fachdienst Stadtgrün, Umwelt und Natur
Herr Jochen Friedrich
Universitätsstr. 4, Zimmer 3
Tel.: 2 01 - 4 05
E-Mail: umwelt@marburg-stadt.de

An die
Mitglieder des
Ausschusses für Umwelt, Energie und Verkehr
der Stadtverordnetenversammlung

Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Verkehr

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit lade ich Sie zu einer Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Verkehr der Stadtverordnetenversammlung

**am Dienstag, 14.11.2006, 18:00 Uhr,
35037 Marburg, Sitzungssaal Hohe Kante, Barfüßerstraße 50, Eingang Hofstatt**

ein. Folgende Tagesordnung ist vorgesehen:

- 1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 11.10.2006
- 2 Bericht(e) aus den Arbeitsgruppen zur Lokalen Agenda 21
- 3 Antrag der SPD/B90/Die Grünen-Fraktionen betr.
Geschwindigkeitsreduzierung bei der Bubenmühle in Dilschhausen
Vorlage: VO/0556/2006

Dieser Antrag war bereits Gegenstand der Beratung und wurde an den Ortsbeirat verwiesen – von dort liegt inzwischen die Stellungnahme vor
- 4 Antrag der MBL-Fraktion betr.
Geschwindigkeitsmessungen
Vorlage: VO/0713/2006
- 5 Antrag B90/Die Grünen/SPD -
Kein Atomstrom
Vorlage: VO/0774/2006
- 6 Antrag der CDU-Fraktion betr.
Parkgebühren in Marburg
Vorlage: VO/0786/2006
- 7 Antrag der CDU-Fraktion betr.
Schaffung von breiten Parkplätzen für Mütter mit Kinderwagen in der Marburger Innenstadt (Kinderwagenparkplätze)
Vorlage: VO/0789/2006

- 8 Antrag der CDU-Fraktion betr.
Elisabethjubiläum 2007
Vorlage: VO/0790/2006
- 9 Antrag der CDU-Fraktion betr.
Baumschnitt
Vorlage: VO/0791/2006
- 10 Antrag der CDU-Fraktion betr.
Weiterbau des Radwegenetzes
Vorlage: VO/0792/2006
- 11 Antrag der CDU-Fraktion betr.
Rauchverbot in öffentlichen Gebäuden der Stadt Marburg
Vorlage: VO/0794/2006
- 12 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr.
Verkaufspreise für Strom und Gas
Vorlage: VO/0815/2006
- 13 Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen/SPD betr.
Verbesserung der Wegebeziehungen um das Sportgelände am Georg-Gassmann-Stadion
Vorlage: VO/0772/2006
- 14 Antrag der FDP-Fraktion betr.
Direktverbindung Marburg-Eisenach
Vorlage: VO/0823/2006
- 15 Verschiedenes

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Baumann
Vorsitzende

Anlagen

Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90 / Die Grünen	Vorlagen - Nr.: Status: Datum: Eingang:	VO/0556/2006 öffentlich 26.07.2006 26.07.2006	TOP
Stadtverordnetenversammlung Marburg			
<u>Beratende Gremien:</u>	Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr Stadtverordnetenversammlung Marburg		

Antrag der SPD/B90/Die Grünen-Fraktionen betr. Geschwindigkeitsreduzierung bei der Bubenmühle in Dilschhausen

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, den folgenden Beschluss zu fassen:

Der Oberbürgermeister – als Straßenverkehrsbehörde der Stadt Marburg – wird aufgefordert, die Geschwindigkeit auf 60 km/h im Bereich der Bubenmühle (Dilschhausen) festzusetzen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Hinweis der Geschäftsstelle

Dieser Antrag war bereits Gegenstand der Beratungen und wurde zuständigkeitshalber an den Ortsbeirat verwiesen - inzwischen liegt vom Ortsbeirat die Stellungnahme vor (siehe Rückseite)

Reinhold Becker

Dietmar Göttling

ORTSBEIRAT	SITZUNG AM	TO.-PUNKT
MR-Dilschhauaen	28. Okt. 2006	1

BETR.: Stellungnahme zum Antrag aus der STW vom 22.09.06,
Top 16.6, Vortage VO/0556/2006 - Geschwindigkeitsreduzierung
bei der Bubenmühle Dilschhausen



Stellungnahme zum Schreiben des Magistrats



Antrag aus dem Ortsbeirat



öffentliche Behandlung



Nichtöffentliche Behandlung

Erläuterungen:

Der OBR Dilschhausen befürwortet (wie bereits in der Sitzung am 18. Jan. 1995 unter Top 4 beschrieben) eine Geschwindigkeitsbeschränkung für die K 72 zwischen Dilschhausen und Einhausen in Höhe der Bubenmühle 20, **jedoch nur mit einer Reduzierung auf 70 km/h.**

Begründung:

Die K 72 weist bereits heute, nur ca 600 m weiter in Richtung Einhausen, am Steinbruch eine Geschwindigkeitsreduzierung auf 70 km/h aus. Dieser Reduzierung sollte sich im Bereich der Bubenmühle angeschlossen werden, damit für die Verkehrsteilnehmer eine gewisse Kontinuität gegeben ist.

Abstimmung:

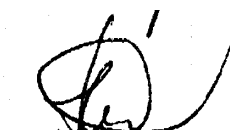
STIMMENZAHL

3	-	-
Ja	Nein	Enth.

Kopie
An den
MAGISTRAT

Amt 33/67

Umweltausschuss
Zur Kenntnisnahme und weiteren Veranlassung.


Ortsvorsteher


Schriftführer

Antrag der Fraktion Marburger Bürgerliste	Vorlagen - Nr.: Status: Datum: Eingang:	VO/0713/2006 öffentlich 02.10.2006	TOP
Stadtverordnetenversammlung Marburg			
<u>Beratende Gremien:</u>	Stadtverordnetenversammlung Marburg Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr Stadtverordnetenversammlung Marburg		

Antrag der MBL-Fraktion betr. Geschwindigkeitsmessungen

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat der Stadt Marburg wird aufgefordert, bei der zuständigen Behörde zu erwirken, dass

- 1. Auf der B 3a, Stadtautobahn, regelmäßig in kürzeren Abständen in beiden Fahrrichtungen Geschwindigkeitskontrollen im Bereich der 100 km/h-Begrenzung durchgeführt werden, ggf. unter Einrichtung stationärer Messeinsichtungen;**
- 2. Jeweils zu Beginn der 100 km/h-Begrenzung in südlicher und nördlicher Fahrtrichtung Hinweisschilder aufgestellt werden, die auf Geschwindigkeitsmessungen hinweisen.**

Begründung:

Zu 1.:

Beobachtungen über mehrere Monate hinweg führten zu der Erkenntnis, dass die zulässigen Höchstgeschwindigkeiten im Bereich des Bebauungsgebietes der Stadt Marburg kaum eingehalten werden. LKW (zulässige Höchstgeschwindigkeit 80 km/h) fahren meist mit einer Geschwindigkeit von ca. 90 km/h, nicht selten auch bis 100 km/h.

Der weitaus größte Teil der PKW (durch Begrenzung zul. Höchstgeschwindigkeit 100 km/h) wird mit einer Geschwindigkeit von ca. 110-115 km/h, in nicht wenigen Fällen auch erheblich schneller (ca. 130 km/h) gefahren.

Die von vielen Seiten angeprangerte erhöhte Lärmbelästigung durch den Verkehr auf der Stadtautobahn würde durch Einhaltung der zulässigen Höchstgeschwindigkeiten vs. um einen Anteil vermindert, der andererseits durch eine in nächster Zeit offenbar nicht durchsetzbare Begrenzung auf 80 km/h (LKW 60 km/h) erhofft würde.

Zu 2.:

Erfahrungen in anderen kommunalen Bereichen haben gezeigt, dass ein entsprechender Hinweis auf Geschwindigkeitsmessungen (Radarkontrollen) durchaus eine psychologische Wirkung auf die Kraftfahrer dahingehend hat, dass diese vermehrt mit Kontrollen rechnen und ihre Fahrgeschwindigkeit dementsprechend anpassen.

Heinz Ludwig

Dr. Hermann Uchtmann

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen SPD	Vorlagen - Nr.: Status: Datum: Eingang:	VO/0774/2006 öffentlich 18.10.2006 18.10.2006	TOP
<u>Beratende Gremien:</u> Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr Stadtverordnetenversammlung Marburg			

Antrag B90/Die Grünen/SPD - Kein Atomstrom

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

- 1. Der Magistrat wird beauftragt, auf die Stadtwerke Marburg einzuwirken, zum schnellstmöglichen Zeitpunkt keinen Atomstrom mehr von seinen Vorlieferanten zu beziehen.**
- 1. Der Magistrat wird aufgefordert in der nächsten Stadtverordnetenversammlung zu berichten, wie dieses Ziel erreicht werden kann.**
- 2. Der Magistrat wird aufgefordert zu berichten, welche Maßnahmen bisher schon ergriffen wurden, um die Abhängigkeit von atomstromerzeugenden Vorlieferanten durch Eigenproduktion oder anderen Maßnahmen zu verringern.**

Begründung:

Nach langen Auseinandersetzungen gelang es der rot-grünen Bundesregierung im Jahre 2000 mit den Energiekonzernen den Atomausstieg abschließend zu verhandeln. In der Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Energieversorgungsunternehmen ist festgehalten, dass die deutschen Atomkraftwerke nur noch für eine befristete Zeit genutzt werden sollen.

Ziel des neuen Gesetzes war es – über den langfristigen Ausstieg aus der Atomenergie hinaus – die Risiken der Atomenergieerzeugung für die verbleibenden Jahre so gering wie möglich zu halten.

Bis heute wollen zwei Drittel aller Deutschen den Atomausstieg. Sehr viele wünschen seine Beschleunigung. Diese Zahl hat sich weiter erhöht, seit das Hochtechnologieland Schweden Ende Juli 2006 in Forsmark nur knapp einer atomaren Katastrophe entging - und sich die gedankenlose Behauptung der deutschen Reaktorgemeinde, Vergleichbares sei in Deutschland nicht zu befürchten, nicht belegen läßt.

Nach der faktischen Aufkündigung des Atomkonsenses durch die Atomkraftwerksbetreiber RWE, E.on, Vattenfall und EnBW rufen Umwelt- und Verbraucherschutz-Organisationen dazu auf, sich von den Atomkonzernen zu trennen, um dem Wortbruch der Konzerne mit der Aufkündigung Ihrer Vertragsbeziehungen eine angemessene Antwort zu geben.

Wer in der Energiepolitik den Rückwärtsgang einlegen will, sollte sich die Risiken und Nachteile der Atomtechnologie vor Augen führen. Es bleibt schleierhaft, warum CDU- und CSU-Politiker die Atomkraft hofieren, obwohl es keine Lösung zur Entsorgung des radioaktiven Atommülls gibt. Wenn die Atommeiler länger laufen, verzögert sich außerdem der Umbau der Energieerzeugung in Deutschland. Am Ende müssen das Verbraucher und Umwelt teuer bezahlen.“

gez. Dietmar Göttling
gez. Petra Baumann

Antrag der CDU-Fraktion	Vorlagen - Nr.: Status: Datum: Eingang:	VO/0786/2006 öffentlich 24.10.2006 24.10.2006	TOP
Stadtverordnetenversammlung Marburg			
<u>Beratende Gremien:</u>	Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr Haupt- und Finanzausschuss Stadtverordnetenversammlung Marburg		

Antrag der CDU-Fraktion betr. Parkgebühren in Marburg

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen

Der Magistrat wird beauftragt, spätestens in der Dezembersitzung 2006 der Stadtverordnetenversammlung zu berichten

- 1. Wer hat veranlasst, dass die Parkgebühren in Marburg erhöht wurden und wer hätte satzungs- bzw. gesetzeskonform diesen Beschluss herbeiführen müssen?**
- 2. Wer hat die gebührenpflichtigen Zeiträume verändert und wer hätte die Veränderungen veranlassen müssen?**

Begründung:

Die Veränderung der Parkgebühren und der Parkzeiten in Marburg sind in einer Nacht- und Nebelaktion beschlossen worden. Da eine derartige Veränderung nicht im Parlament beschlossen wurde, muss der Magistrat berichten, mit welchen Grundlagen die enorme Erhöhung der Parkgebühren sowie die veränderten Zeiträume der Gebührenpflichtigkeit bestimmt wurden.

Hermann Heck

Roger Pfalz

Ingo Lohse



Antrag der CDU-Fraktion	Vorlagen - Nr.: Status: Datum: Eingang:	VO/0789/2006 öffentlich 24.10.2006 24.10.2006	TOP
Stadtverordnetenversammlung Marburg			
<u>Beratende Gremien:</u>	Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr Ausschuss für Soziales, Jugend und Frauen Stadtverordnetenversammlung Marburg		

Antrag der CDU-Fraktion betr. Schaffung von breiten Parkplätze für Mütter mit Kinderwagen in der Marburger Innenstadt (Kinderwagenparkplätze)

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, wo in der Marburger Innenstadt breite Parkplätze für Mütter mit Kinderwagen eingerichtet werden können.

Begründung:

Bei vielen Einkaufsmärkten auf der grünen Wiese existieren solche Kinderwagenparkplätze.

In der Marburger Innenstadt soll die Stadt Marburg Kinderwagenparkplätze ausweisen. Parkplätze also, die breiter als normal sind und es Eltern erlauben, ihre Kinder aus dem Auto auszuladen und in den Kinderwagen zu setzen.

Der Marburger Magistrat soll prüfen, wo sich Parkplätze für Mütter mit Kinderwagen einrichten lassen.

Winfried Kissel



Antrag der CDU-Fraktion	Vorlagen - Nr.: Status: Datum: Eingang:	VO/0790/2006 öffentlich 24.10.2006 24.10.2006	TOP
Stadtverordnetenversammlung Marburg			
<u>Beratende Gremien:</u>	Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr Schul- und Kulturausschuss Stadtverordnetenversammlung Marburg		

Antrag der CDU-Fraktion betr. Elisabethjubiläum 2007

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen

Der Magistrat wird gebeten, die Stadt Marburg insbesondere zum Elisabethjubiläum 2007 durch ein gepflegtes sauberes Stadtbild attraktiv zu machen.

Begründung:

Seit einigen Jahren nimmt das einst attraktive Stadtbild unserer Stadt rapide ab. Die Stadt Marburg hat heute zu viele Schmutzecken und zu wenig gepflegte Blumenrabatten. Um ein attraktives Stadtbild zu bekommen, bedarf es einer regelmäßigen Pflege durch Säuberung. Dieses sollte wieder angestrebt werden, zumal im Elisabethjahr mit vielen Besuchern in unserer Stadt zu rechnen ist, die sich in ihr wohl fühlen sollen.

Anni Röhrkohl

Anne Oppermann

Dr. Claudia Pötter



Antrag der CDU-Fraktion	Vorlagen - Nr.: Status: Datum: Eingang:	VO/0791/2006 öffentlich 24.10.2006 24.10.2006	TOP
Stadtverordnetenversammlung Marburg			
<u>Beratende Gremien:</u>	Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr Stadtverordnetenversammlung Marburg		

Antrag der CDU-Fraktion betr. Baumschnitt

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen

Der Magistrat wird gebeten, für eine freie Sicht vom Schloss zur Elisabethkirche zu sorgen (Baumschnitt).

Begründung:

Am März 2007 wird die Hospital-Ausstellung „Elisabeth in Marburg - Der Dienst am Kranken“ viele Besucher in das Marburger Schloss führen. Die Elisabethkirche ist historisch der Ausgangspunkt für diese Ausstellung, darum sollte den Besuchern die Möglichkeit gegeben werden, vom Schlosshof den Berg hinunter auf die Elisabethkirche schauen zu können.

Anni Röhrkohl

Philipp Stompfe

Antrag der CDU-Fraktion	Vorlagen - Nr.: Status: Datum: Eingang:	VO/0792/2006 öffentlich 24.10.2006 24.10.2006	TOP
Stadtverordnetenversammlung Marburg			
<u>Beratende Gremien:</u>	Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften Stadtverordnetenversammlung Marburg		

Antrag der CDU-Fraktion betr. Weiterbau des Radwegenetzes

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, den Weiterbau des Radwegenetzes in den westlichen Stadtteilen Marburgs weiter auszubauen.

1. In einem ersten Schritt müssen die bestehenden Radwege Haddamshausen und Dagobertshausen über eine neue Wegstrecke mit Hermershausen und über Einhausen angebunden werden.

2. In einem zweiten Schritt müssen die Stadtteile Dilschhausen und Wehrshausen, Wehrshausen-Neuhöfe, Cyriaxweimar sowie Michelbach an das dann bestehende Radwegenetz angeschlossen werden.

Begründung:

Der Marburg umlaufende Radweg vom Lahntal her kommend bindet bereits heute den Marburger Stadtteil Haddamshausen an das Radwegenetz über Weimar-Niederweimar an. Da aber auch die anderen westlichen Stadtteile an das Radwegenetz angebunden werden sollen muss der Ausbau vorangetrieben werden um den Menschen die Möglichkeit zu geben mit dem Rad anstelle der Straße einen Radweg zu benutzen.

Hermann Heck

Ingo Lohse

Barbara Ackermann



Antrag der CDU-Fraktion	Vorlagen - Nr.: Status: Datum: Eingang:	VO/0794/2006 öffentlich 24.10.2006 24.11.2006	TOP
Stadtverordnetenversammlung Marburg			
<u>Beratende Gremien:</u>	Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr Haupt- und Finanzausschuss Stadtverordnetenversammlung Marburg		

Antrag der CDU-Fraktion betr. Rauchverbot in öffentlichen Gebäuden der Stadt Marburg

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, analog der Entscheidung im Landkreis Marburg-Biedenkopf und der Beschlussvorlage der Stadtverordnetenversammlung in Darmstadt in den öffentlichen Gebäuden der Stadt Marburg und ihrer Gesellschaften ein Rauchverbot einzurichten.

Begründung:

Die Stadt Marburg zeigt ihre Verantwortung gegenüber ihren Mitarbeitern und Besuchern und möchte nicht auf eine Entscheidung der Bundesregierung warten. Die richtungweisenden Beschlüsse des Landkreises Marburg-Biedenkopf und der Stadtverordnetenversammlung Darmstadt sollten in die Entscheidung einfließen.

Hermann Heck

Roger Pfalz

Winfried Kissel

Antrag der Fraktion Marburger Linke	Vorlagen - Nr.:	VO/0815/2006	TOP
	Status:	öffentlich	
	Datum:	02.11.2006	
	Eingang:	02.11.2006	
<u>Beratende Gremien:</u> Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr Stadtverordnetenversammlung Marburg			

Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Verkaufspreise für Strom und Gas

Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg (StVV) möge beschließen:

Die StVV beauftragt den Magistrat der Stadt Marburg bis zum 6. Dezember 2006 eine Übersicht der Entwicklung der Verkaufspreise für Strom und Gas der Stadtwerke Marburg GmbH der letzten sechs Jahre vorzulegen. Diese Übersicht soll auch einen Vergleich der Strom- und Gaspreise mit den anderen Hessischen Sonderstatusstädten enthalten.

Begründung:

Die Stadtwerke Marburg GmbH versorgen viele Haushalte in der Stadt Marburg mit Strom und Gas. Strom und Gas sind in den vergangenen Jahren sehr viel teurer geworden. Bei einer nicht unerheblichen Anzahl von Haushalten führt dies zu einer Verschärfung der materiellen Notlage. Als alleinige Gesellschafterin der Stadtwerke Marburg GmbH trägt die Stadt Marburg die Verantwortung für die Geschäftspolitik der Stadtwerke Marburg GmbH. Ehe die StVV Maßnahmen beschließt, um auf die Geschäftspolitik der Stadtwerke Marburg GmbH einzuwirken, ist es notwendig, eine belastbare Datengrundlage in den Händen zu haben. Diese Datengrundlage wird mit dem angeforderten Bericht erstellt.

Peter Metz

Henning Köster

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen SPD	Vorlagen - Nr.: Status: Datum: Eingang:	VO/0772/2006 öffentlich 17.10.2006 17.10.2006	TOP
<u>Beratende Gremien:</u> Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften Stadtverordnetenversammlung Marburg			

Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen/SPD betr. Verbesserung der Wegebeziehungen um das Sportgelände am Georg-Gassmann-Stadion

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat der Stadt Marburg wird beauftragt:

- 1. dafür zu sorgen, dass der Fußweg zwischen dem Bachweg und der Gisselberger Straße durch geeignete Maßnahmen aufgewertet wird (bessere Ausleuchtung, starker Rückschnitt des Bewuchses).**
- 1. unter Federführung des Fachdienstes Sport zu überprüfen, ob eine Wegebeziehung durch das Sportgelände in Richtung Bachweg angeboten werden kann, um den Großparkplatz der Kaufmännischen Schulen für Besucher von Sportveranstaltungen attraktiv erreichbar zu machen.**

Begründung:

Der hier angesprochene Fußweg ist über eine längere Strecke schmal und dunkel und ist besonders im Herbst und Winter als unangenehm bis abschreckend zu bewerten. Da dieser Weg an städtischen Grundstücken entlangführt, ist eine Verbesserung der Situation denkbar. Der Weg ist Teil des Schulwegeplans etlicher Schulen: auch aus diesem Grund sind Sicherheit und Angstfreiheit oberstes Gebot.

Bei sportlichen Großveranstaltungen wird die Gisselberger Straße so zugeparkt, dass der Radweg stadtauswärts über eine längere Strecke nicht benutzbar ist. Gleichwohl stehen im Schulzentrum an der Leopold-Lucas-Straße an Wochenenden viele freie Parkplätze zur Verfügung. Eine attraktive und schnelle Wegeverbindung könnte daher das Parkverhalten der Besucher positiv beeinflussen.

**Jürgen Markus
Sabine Pistor**

**Sonja Sell
Peter Aab**



Antrag der Fraktion FDP	Vorlagen - Nr.: Status: Datum: Eingang:	VO/0823/2006 öffentlich 06.11.2006 06.11.2006	TOP
Stadtverordnetenversammlung Marburg			
<u>Beratende Gremien:</u>	Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr Schul- und Kulturausschuss Stadtverordnetenversammlung Marburg		

Antrag der FDP-Fraktion betr. Direktverbindung Marburg-Eisenach

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtwerke Marburg werden gebeten, in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken Eisenach zu prüfen, ob im Jubiläumsjahr 2007 an bestimmten Tagen und/oder zu herausragenden Ereignissen eine direkte Busverbindung Marburg-Eisenach /Eisenach-Marburg eingerichtet werden kann.

Begründung:

Die Zugverbindung zwischen beiden Städten ist umständlich und zeitaufwendig. Der individuelle Autoverkehr sollte möglichst vermieden werden. Da den Bürgerinnen und Bürgern beider Partnerstädte die Möglichkeit gegeben werden sollte, auch das Jubiläumsprogramm in der jeweils anderen Stadt kennen zu lernen und persönliche Freundschaften zu vertiefen, wäre eine direkte Busverbindung ein konstruktiver Beitrag zum **Elisabethjahr 2007**.

G. Schwebel

Prof. Dr. H. Dingeldein

T. Sawalies